

# Stadt Heidelberg

AntragNr.:  
**0 0 2 4 / 2 0 2 2 / A N**

Antragsteller: SPD  
Antragsdatum: 01.02.2022

Federführung:  
Dezernat V, Stadtarchiv

Beteiligung:

Betreff:

**Bauftragung einer wissenschaftlichen Studie zur  
Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte im  
Nationalsozialismus**

## Antrag

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 13. Juli 2022

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	10.02.2022	Ö		
Ausschuss für Kultur und Bildung	30.06.2022	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	06.07.2022	Ö		
Ältestenrat	06.07.2022	N		

**Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1**

## **Sitzung des Gemeinderates nach § 37a Gemeindeordnung vom 10.02.2022**

**Ergebnis:** verwiesen in die Ausschüsse

## **Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung vom 30.06.2022**

**Ergebnis:** Antrag wurde behandelt

## **Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.07.2022**

**Ergebnis:** Antrag wurde behandelt

## Klärung im Ältestenrat vom 06.07.2022

### Hinweis:

Nach Klärung im Ältestenrat am 06.07.2022 gilt das Beratungsergebnis des letzten Ausschusses als verbindliches Ergebnis des Gemeinderates.

Eine weitere Beratung erfolgt nicht.

**Ergebnis:** abschließend behandelt

## Antrag Nr.: 0024/2022/AN

Briefkopf des Antragstellers:



### Sozialdemokratische Partei Deutschlands Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

**Herrn Oberbürgermeister  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Rathaus  
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.  
Mathias Michalski, stellv. Vorsitzender  
Sören Michelsburg, stellv. Vorsitzender  
Karl Emer  
Johannah Illgner  
Dr. Monika Meißner  
Adrian Rehberger

Marktplatz 10  
69117 Heidelberg

06221/5847150  
06221/584647150

geschaeftsstelle@spd-  
fraktion.heidelberg.de

[www.spd-fraktion-heidelberg.de](http://www.spd-fraktion-heidelberg.de)

01.02.2022

### Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

### **Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie zur Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte im Nationalsozialismus**

Die Verwaltung wird gebeten,

- Eine wissenschaftliche Studie zur Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte in Heidelberg zu beauftragen. Hierbei sollen im Vorfeld der mögliche Eigenaufwand der Verwaltung und auch verschiedene Möglichkeiten zur Durchführung dargelegt werden.

**Begründung:**

Das aus Anlass der Debatte um das Ehrengrab Neinhaus vorgelegte Gutachten von Prof. Dr. Frank Engehausen (Vergleiche Anlage 01) legt in beeindruckender Weise erhebliche Lücken in den Wissensbeständen unserer Stadt zur Geschichte der Kommunalverwaltung zwischen 1933 und 1945 offen. Dabei gilt: "Wir können nur eine Zukunft gestalten, wenn wir unsere Vergangenheit kennen. Und wir können unsere Gesellschaft, wie sie heute ist, nur verstehen, wenn wir uns an unsere Geschichte erinnern." (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, 27.01.2022).

Prof. Engehausen betont, es "kamen im Falle Carl Neinhaus nur peu à peu Informationen ans Tageslicht, weil bislang niemand den Mut gefasst hat, eine breit angelegte Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte im Nationalsozialismus zu schreiben – wohl nicht zuletzt wegen der unter anderem durch die Aktenverbrennungen der letzten Kriegstage schwierigen Quellenlage." (Vergleiche Anlage 01, Seiten 13 folgend) Am Ende seiner Ausführungen wiederholt er: "Es sei an dieser Stelle nochmals auf das Desiderat einer Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte im Nationalsozialismus hingewiesen, die offenlegen könnte, wie Verwaltung und Verwaltungsspitze zwischen 1933 und 1945 agiert haben. Hier gibt es weiterhin etliche blinde Flecken (Personalpolitik, Wohlfahrtspflege, Zwangsarbeit) – nicht zuletzt hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausplünderung der Juden durch die sogenannten Arisierungen, die in vielen Einzelfällen das Dazutun des Oberbürgermeisters erfordert haben dürften." (Vergleiche Anlage 01, Seite 18)

Die Verwaltung soll in einem ersten Schritt den voraussichtlichen Eigenaufwand einer solchen Studie darlegen wie auch Möglichkeiten zur Durchführung.

**g e z e i c h n e t S P D - F r a k t i o n**